



Die große Gefahr aus der Behörden-Amtsstube

Irrationale Handlungsweisen unserer Waffenbehörden

Wie heftig sind Reaktionen der Öffentlichkeit, wenn legale Waffen genutzt wurden, um ein Verbrechen zu begehen. Wie passiv verhält sich der gleiche Personenkreis, wenn die zahlreichen illegalen Waffen zu Überfällen und Morden verwendet werden. Absolut unangemessen die Reaktion, wenn mit illegalen Waffen Morde von Islamisten verübt werden, wie in Frankfurt an amerikanischen Soldaten geschehen. Wie so oft in anderen Fällen beobachtbar, hat unsere Passivität und Liberalität gegenüber einer gewaltempfänglichen Gruppe den Weg dazu bereitet. Dass nun auch noch ausgewiesene Islamisten ganz legal per Verwaltungsakt zu Waffen kommen, ist für jeden gesetzestreuem Bürger eine schallende Ohrfeige und verlangt nach politischen Konsequenzen.



1 Großkaliberwaffen zu beherrschen, erfordert Sachkunde, Umsicht, Disziplin und höchstes Verantwortungsbewusstsein. Die bis jetzt gut funktionierenden Kontrollen und strengen Prüfungen in den Vereinen und Behörden haben dafür gesorgt, dass Waffen in weit überwiegend zuverlässige Hände kamen, was sich auch in Statistiken bemerkbar macht. Nun ändert sich dies.

Ohne Zweifel ist eine Tat, wie sie in Winnenden Tim Kretschmer durchgeführt hat, eine große Tragödie, die nie hätte passieren dürfen, weil Gesetze zwingend die sichere Verwahrung legaler Schusswaffen in entsprechende Stahlschränke vorschreiben. Doch Gesetze sind das eine, die Handlung des Individuums das andere. Kein noch so dickes Gesetzeswerk wird jemals verhindern, dass kranke Menschen zu Tötungsmaschinen werden, wenn etwa Eltern umfassend versagt haben.

Der Schlüssel zur Erreichung einer starken Hemmschwelle, die das Töten anderer Menschen verhindert, liegt daher zu einem ganz großen Teil in einer gesunden Familie, deren Werte den Menschen prägen. Wenn dann auch noch das weitere Lebensumfeld wie Freunde, Schule und Lebensraum den Charakter positiv stärken, kann davon ausgegangen werden, dass abscheuliche Taten nahezu ausgeschlossen sind.

Umso mehr verfolgt man fassungslos, dass gerade die wichtige Familie von politischen Geisterfahrern immer mehr zerstört wird. Auch verantwortliche Wirtschaftsführer legen hier Hand an, indem die Frau gezwungen wird, ihr Kind in Fremdbetreuung zu geben, da der Lohn ihres Mannes zum Leben nicht mehr ausreicht. Schlussendlich werden gerade von der sogenannten „Umwertpartei“ immer mehr fremde Menschen ins Land geholt, die nicht einmal annähernd zu unserer Kultur passen. Abgesehen davon, dass diese zugezogenen Menschen die Umwelt an ihrem neuen Wohnort belasten, da diese natürlich hier auch Auto fahren oder ihre Wohnung heizen, ist beobachtbar, dass dadurch der Einsatz illegaler Schuss- und Stichwaffen steil angestiegen ist.

Politische Unaufrichtigkeit

Interessanterweise melden sich die gleichen Leute, die vorgeben, die Umwelt zu schützen, jedoch unsere Gesellschaft mit Genuss zerstören wollen, lautstark zu Wort, wenn etwas Schlimmes mit einer legalen Waffe passiert ist. Wenn hingegen il-

legale Waffen für Morde oder Mordversuche genutzt werden, gibt es in der Regel nur kleine Artikel, wenn überhaupt in den Zeitungen von der Tat berichtet wird.

Wer hat zum Beispiel einen großen Artikel gelesen, als ein Türke in Ulm mit einer illegalen Waffe einen Busfahrer heimtückisch erschoss? Wie groß waren die Schlagzeilen, nachdem ein 82-jähriger Vater und seine 39-jährige Tochter in Düsseldorf erschossen wurden? Wo ist die Empörung, wenn kriminelle Araberclans und Rocker sich auf offener Straße Feuergefechte liefern?

Welches wichtige Blatt hat darüber berichtet, als in Duisburg-Rheinhausen an einem Sonntagabend auf offener Straße unter Migrantengruppen eine wilde Schießerei ausgebrochen ist? Wie groß war die Empörung, als Anfang April dieses Jahres die Boxerin Rola El-Halabi von ihrem Stiefvater mit einer illegalen Schusswaffe schwer verletzt wurde? Ganz zu schweigen von den fehlenden Mahnwachen gegen illegalen Waffenbesitz.

Wie blind ist unsere Justiz, die den Einsatz illegaler Waffen gar noch lediglich mit Bewährungsstrafen ahndet, wie in Kiel der Fall eines 34-jährigen Türken zeigt, der mit vier Schüssen eine Person niederstreckte, die ihn „beleidigt“ hatte. Es könnten noch weit mehr Taten aufgezählt werden.

Jeder einzelne dieser Fälle hätte wohl weitreichende Folgen für hiesige Schützenvereine und deren Mitglieder.

Politische Schachspieler

Dass hinter der Entwicklung dieser Zustände in Deutschland politische Schachspieler stecken, die zwar sehr gerne Diäten einstecken, die auch von deutschen Sportschützen erwirtschaftet werden, es aber noch viel lieber sähen, wenn der fleißige deutsche Steuerzahler gar nicht existieren würde, belegen folgende Zitate:

„Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“ Zitat: Jürgen Trittin, Grüne

„Deutschland muss von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“ und

„Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen.“ Zitat: Joschka Fischer, Grüne

„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“ Zitat: Vorstand Bündnis90/Die Grünen

„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik

zu verändern.“ Zitat: Daniel Cohn-Bendit, Grüne

„Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“ Zitat: Nargess Eskandari-Grünberg, Bündnis90/Die Grünen

„Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!“ Zitat: Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen

„Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!“ und

„Das Problem ist nicht Sarrazin selbst als Person, sondern der gleich gesinnte Bevölkerungsanteil in Deutschland.“ Zitate: Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen

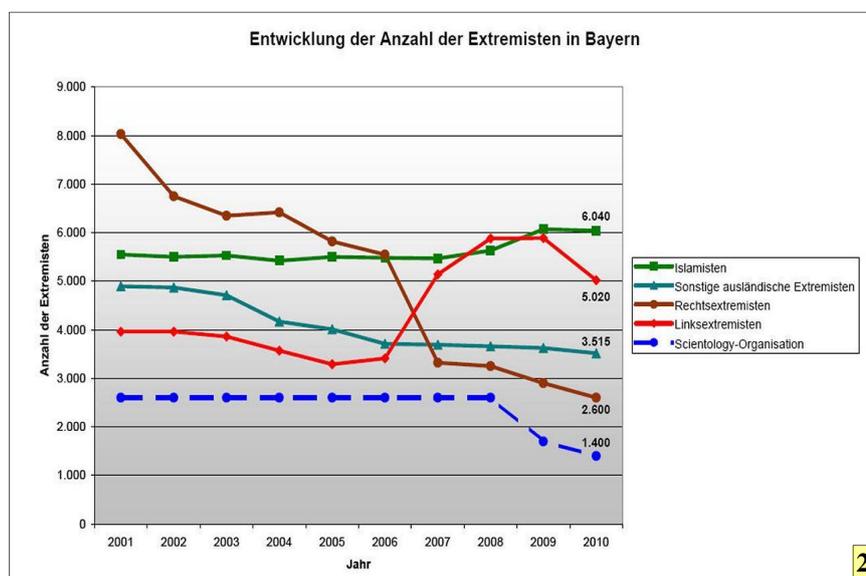
„Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“ Zitat: Sieglinde Frieß, Bündnis90/Die Grünen vor dem Parlament im Bundestag

„Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe. Würde ich politisch sogar bekämpfen.“ Franziska Droschel, SPD

Politische Instrumentalisierung

Nun ist also klar, was abläuft, wenn wieder einmal eine menschliche Tragödie zu beklagen ist, die kein Gesetz der Welt verhindern kann. Die Tragödie wird instrumentalisiert, um politische Ziele zu erreichen. Wenn der jüngste Anschlag auf US-amerikanische Soldaten von einem deutschen Sportschützen verübt worden wäre, dann hätte sich in kürzester Zeit die Empörung-Industrie dieser Gegner unseres Landes auf den Fall gestürzt und hätten diesen für ihre Ziele ausgeschlachtet. Im Handumdrehen wäre wohl wieder ein Versuch gestartet worden, den verantwortlich handelnden Sportschützen die Ausübung ihres Hobbys noch schwerer oder gar unmöglich zu machen.

Im Fall des Mörders der amerikanischen Soldaten wird auf Sparflamme



2 Die Anzahl der islamistischen Extremisten in Deutschland hat die der linken Gefährder erstmals überschritten und steht nun im Jahre 2010 mit 6040 Personen an erster Stelle des Bayerischen Verfassungsschutzberichts.

berichtet und zu allem Überfluss das traurige Ereignis einem „Einzeltäter“ in einem bedauerlichen „Einzelfall“ zugeordnet und die wahren Hintergründe, wie es zu dieser Tat kommen konnte, total ausgeblendet.

Politisches Armutszeugnis

In Deutschland sind mittlerweile Recht und Gesetz teilweise völlig auf den Kopf gestellt. Selbst wer als Bürger in Uniform sich für dieses Land einsetzt und hilft, dessen Wertesystem durchzusetzen, sieht sich neuerdings völlig alleingelassen, wenn er als Polizeibeamter im Dienst durch kriminelles Handeln oder Waffeneinsatz verwundet wird und seinen Beruf nicht mehr ausüben kann.

Die zu Schaden gekommenen müssen sich ihr Recht auf Rente teils auf eigene Kosten in einem Rechtsstreit erkämpfen. Selbst wer im Einsatz als Polizeibeamter sich gegen Demonstranten wehrt und Pfefferspray zu seinem Schutz einsetzt, wird neuerdings in einer Höhe bestraft, in der man künftig als vorbestraft gilt. Dazu passt natürlich, dass aus Geldmangel Polizisten im Einsatz schon mal von einem Cateringservice versorgt werden, der dann verschimmelte Nahrung reicht.

Diese Berufsgruppe muss jedoch ihren Kopf hinhalten, wenn es gilt, einen Gegner unserer Demokratie, in seinem Dienstwagen zu schützen. Die

gleichen Leute, die sich mit Vehemenz auf den friedlichen Sportschützen stürzen, sehen viel zu häufig weg, wenn in den zahlreich in unserem Land entstehenden Moscheen gegen die „Ungläubigen“ gehetzt wird und hier geborene Kinder von Ausländern, die sich gut integriert haben, per Gehirnwäsche umgedreht und zu einer Gefahr für alle hier lebenden Menschen werden.

Eher wird das bayerische Innenministerium angegriffen, wenn im Verfassungsschutzbericht bestimmte Leute, wie etwa der in Penzberg ansässige Imam Bajrambejamin Idriz (sein Vorname wird für eine bessere „PR“ als Benjamin „verkauft“), genannt werden, dem Verbindungen zu islamistischen Organisationen nachgesagt werden.

In Bremen ist gerade ein besonders prägendes Stück aus dem Tollhaus zu beobachten. Dort hat sich der libanesische Miri-Clan niedergelassen. Von 2600 Mitgliedern dieser Großfamilie sind bereits 1100 bei der Polizei aktenkundig. Viele davon gehören zur Gruppe der Intensivtäter. Sie haben keinen Respekt vor Polizei und Justiz.

So brüllte etwa der Kriminelle Sami Miri bei einem Prozess neun Minuten lang die Richterin an, ohne dass dies Konsequenzen hatte. Staatsrätin Karen Buse kommentierte dies wie folgt: „Das muss eine Richterin aushalten. Rumschreien und Theater machen sind Bestandteil eines Prozesses. Dadurch erfahren wir mehr über den Charakter

des Angeklagten, als durch Zeugenaussagen.“

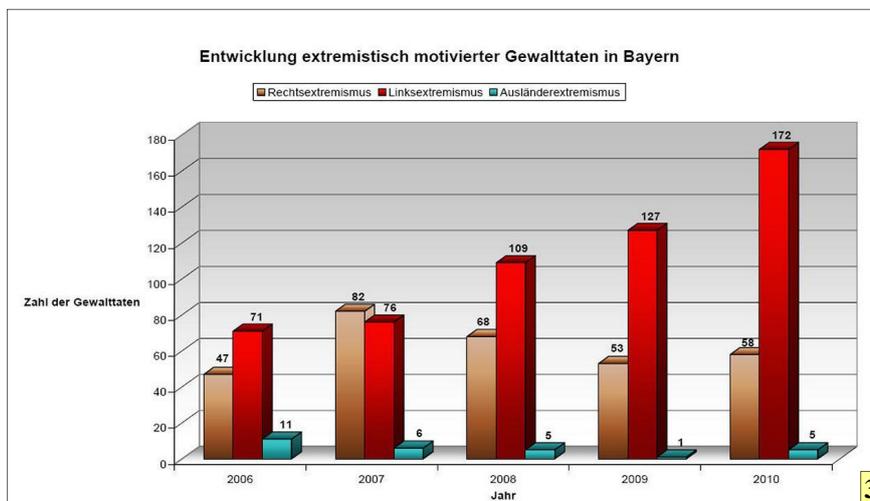
Eine untragbare Aussage, die zeigt, dass hier völlig ungeeignete Leute in höchst verantwortlicher Position dafür sorgen, dass dieses Land immer mehr in die Schiefelage abgleitet. Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft hat für die Haltung der Staatsrätin Karen Buse kein Verständnis: „Die staatliche Autorität ist im freien Fall. Ein politischer Wille, bei den kriminellen Clans einzugreifen, ist nicht zu erkennen.“

Politisches Versagen

Absolut unglaublich ist es jedoch, dass immer mehr Schützenvereine gegründet werden, die ausschließlich von Ausländern oder Deutschen mit ausländischen Wurzeln betrieben werden. Der gesunde Menschenverstand hat sich wohl aus den deutschen Amtsstuben verabschiedet. Selbst ein vom Verfassungsschutz als „islamistischer Gefährder“ eingestuftes Offenerbacher Türke konnte, wie das HR-Magazin "Defacto" berichtet, problemlos nach einer Mitgliedschaft von einem Jahr, in einem hessischen Schützenverein, mehrere Waffen beschaffen.

Und dies, obwohl er nach wie vor nachweislich durch Internetpropaganda die Terrororganisation El Kaida unterstützt und versucht, andere Islamisten aus Hessen für den "Heiligen Krieg" zu rekrutieren. Zuvor hatte er bereits im Jahre 2007 auf mehreren Internetseiten mitgeteilt, dass er sich für den "globalen Dschihad" entschieden habe.

Ein absolut skandalöser Vorgang. Ausgerechnet der Berufstand, der gerne friedliche Sportschützen mit einem Überraschungsbesuch zwecks Überprüfung des korrekt verstauten Sportgeräts beglückt, gestattet, dass sich ein bekennender Islamist mit Waffen versorgt. Hier müsste eigentlich die fristlose Entlassung aus dem Beamtenverhältnis für den verbeamteten Unterschriftenleister auf den Fuß folgen. Die Schiefelage dieser Skandalentscheidung wird deutlich, wenn man bedenkt, dass bereits eine Trun-



3 Die Gewalt aus dem linken Spektrum wird immer mehr zu einer Bedrohung für unsere Demokratie, wie diese Grafik aus dem Bayerischen Verfassungsschutzbericht zeigt.



4



5



6

kenheitsfahrt mit 0,5 Promille genügt, um einen Sportschützen als unzuverlässig einzustufen — was den Widerruf der Waffenbesitzerlaubnis zur Folge hat. Gemessen daran soll ein morderbereiter, da bekennender Islamist besser gestellt werden?

An diesem ungeheuerlichen Verwaltungsakt kann deutlich betrachtet werden, was wir zu erwarten haben, wenn dereinst in den Amtsstuben nicht ganz so fest zum deutschen Staat haltende Bürger mit oder ohne Migrationshintergrund beschäftigt werden. Einen Vorgeschmack gab es beispielsweise bereits in München, wo ein schwungvoller Handel mit gekauften Führerscheinen zum Vorteil von teils des Lesens nicht mächtiger Zuwanderer getätigt wurde oder in Berlin, wo ein Polizist mit türkischem Migrationshintergrund die Einsatzpläne der Polizei an Ganoven verriet. Was wird uns erst noch erwarten, wenn bereits jetzt schon ausgewiesene Demokratiefeinde ganz legal mit Waffen versorgt werden?

Politische Geisterfahrer

Wer meint, dass diese drängenden Probleme nach einem politischen Machtwechsel endlich angegangen werden, um wieder für mehr Sicherheit in unserem Land zu sorgen, sieht sich getäuscht. Die Grünen und die SPD in Baden-Württemberg zeigen, welche Prioritäten diese Gruppen setzen. Unter dem früheren Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und neuen Ministerpräsidenten Jürgen Kretschmann, der selbst Mitglied im Schützenverein Laiz ist, wurde in einem Koalitionsvertrag beschlossen, das Schießen mit Großkaliberwaffen zu verbieten. Damit wird eine Entwicklung eingeleitet, an deren Ende nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für den Bürger stehen wird, wie England zeigt.

Dort wurde 1997 unter Tony Blair ein komplettes Faustfeuerwaffenverbot eingeführt. Seither stiegen die Straftaten mit illegalen Faustfeuerwaffen von 4900 im Jahre 1997 auf 11000 im Jahre 2005. Leider gibt es keine

4 Das Schießen mit Großkaliberwaffen ist extrem verantwortungsvoll und wird weit überwiegend von gereiften Persönlichkeiten ausgeübt.

5 Wer, wie die Grünen, das Schießen mit Großkaliberwaffen verbieten will, wird, wie das Beispiel in England zeigt, nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für die Bürger bekommen.

6 Auch für Frauen ist dieser Sport hervorragend geeignet und wird mit großem Zuspruch von diesen ausgeübt.

Daten für die weiteren Jahre, doch sprechen alleine schon diese Zahlen für sich. Es ist also ein Trugschluss zu glauben, dass mit einem Waffenverbot automatisch mehr Sicherheit für die Bürger verbunden ist, da Ganoven nun besonders risikoarm ihrem Tun nachgehen können. Ein Waffenverbot würde darüber hinaus gerade die Bürger treffen, die in der Mehrzahl besonders gereift, zuverlässig sowie gesetzestreu sind und lediglich einem besonderen Hobby nachgehen möchten.

Islamisten, eine große Gefahr

Gefahren gehen von ganz anderen Gruppen aus. Die jüngste Statistik aus dem Verfassungsschutzbericht weist deutlich nach, dass die Zahl der Islamisten seit 2009 über 6000 Personen beträgt und selbst die Zahl linker Gefährder um rund 1000 Personen übersteigt. Waffen in diese Hände zu geben, ist schlicht unverantwortlich, da diese Hände mit Waffen anderes vorhaben, als der echte Sportschütze, der größte Freude daran hat, möglichst viele Kugeln in der Mitte einer Pappscheibe zu versammeln.

Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass die Ausgabe von Waffenbesitzkarten an islamistische

Gruppen politisch gewollt ist, um im sehr wahrscheinlichen Fall gehäuften Waffenmissbrauchs vonseiten dieser Art von „Sportschützen“ endlich eine Handhabe zu erhalten, den echten Sportschützen den Besitz von Waffen bundesweit endgültig zu verbieten. Selbst schlimmere Befürchtungen sind nicht weit hergeholt, da die Abneigung bestimmter politischer Gruppen gegen das eigene Volk teils grenzenlos ist, wie die eingangs erwähnten Zitate bestätigen.

Spätestens jetzt ist daher für jeden aufrechten Bürger dieses Landes und ganz besonders für jeden gesetzestreuen Sportschützen der Zeitpunkt gekommen, sich mit Familie, Freunden, Verwandten und Bekannten zu einer immer größer werdenden Interessengruppe zusammenschließen, um in die Lage zu kommen, diese unverantwortlich handelnden Akteure, die bereit sind unser Land billigst zu verkaufen, aus den Parlamenten und somit Amtsstuben durch Wahlen zu vertreiben.

Politisch handeln

Wer heute noch als gesetzestruer Bürger die sogenannten „etablierten Parteien“ wählt, soll sich künftig nie mehr über Unrecht, Willkür und Werteverfall

in unserem Land beschweren. Allen anderen wird empfohlen, als Wahlbeobachter genau nachzuprüfen, ob alles mit rechten Dingen zugeht, denn mittlerweile sind wir schon so weit, dass selbst diesem Vorgang in Deutschland nicht mehr getraut werden kann.

Dass dieser Rat nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigte im Jahre 2007 die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, wo die Partei „Bürger in Wut“ mit lediglich einer einzigen Stimme an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Per Gerichtsbeschluss wurde im Jahre 2008 eine Nachwahl angeordnet, bei der die „Bürger in Wut“ mit 5,29 Prozent in die Bürgerschaft einzogen.

Dieser Vorgang spricht Bände und sollte jedem Demokraten die Augen öffnen. Hier wird deutlich, dass gerade in einer Demokratie Wahlkontrollen dringend nötig sind, um demokratiefeindliche Akteure an manipulativen Handlungen zu hindern. Schließlich müssen die Herrschaften, die sich im Besitz der allumfassenden „Glücksformel“ wähnen und uns ihre Ideologie überstülpen möchten, Ängste haben, dass der Irrsinn, den sie vorhaben, kurz vor dem Ziel scheitert.

www.weltdorfertigung.de



7 Sportschützen haben mit Gewalt nichts am Hut. Ihr Hobby besteht darin, möglichst viele Kugeln möglichst dicht auf einer Pappscheibe zu versammeln.